

Was beim Umgang mit dem Fiskus zu beachten ist (II):

Steuerfallen für Selbstständige

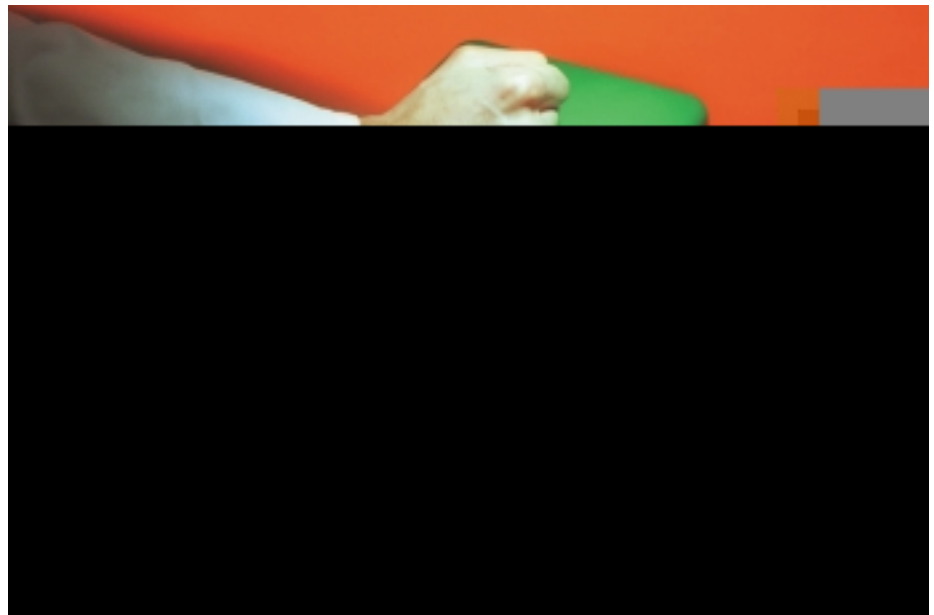
Dr. Hans-Jürgen Richter

In die nachfolgend dargestellten Steuerfallen tappen Jahr für Jahr Tausende von Selbständigen. Mit Hilfe der empfohlenen Strategien können Sie Ihre Interessen gegenüber dem Fiskus wahren.

Zum ersten Mal die Steuerprüfung im Haus – die häufigsten Fehler

Die Situation: Irgendwann ist immer das erste Mal – per Prüfungsanordnung (PAO) hat sich ein Steuerprüfer angemeldet. Nur noch zwei Wochen Zeit für die Vorbereitung auf den meist teuren Besuch. Die PAO muß zwar den Umfang der Prüfung (Veranlagungsjahre) genau benennen, eine spätere Erweiterung ist inzwischen jedoch leicht möglich und wird bei Verdacht auf Steuerverkürzung auch schnell angeordnet. Die Prüfung findet in der Regel in den betrieblichen Räumlichkeiten des Selbständigen statt. Keiner ist vor Prüfung sicher, denn eine große Zahl von PAO wird nach dem Zufallsprinzip bestimmt.

Die Steuerfalle: Beim Erstkontakt mit Steuerprüfern werden die teuersten Fehler gemacht. Insbesondere: Fehlende Vorbereitung auf die Prüfung (Steuerunterlagen enthalten z. B. noch interne Vermerke, die da gar nicht hinein gehören). Sie lassen den Prüfer an Ihren Computer (noch nicht Pflicht – Sie müssen derzeit Unterlagen nur auf Papier zur Verfügung stellen). Redseligkeit (für Steuerprüfer dient auch der private Plausch immer dazu, auch steuerlich Relevantes herauszufinden). Sie gewähren Zugang zu privaten Räumen und geben damit z. B. Anhaltspunkte auf Ihren Lebensstandard (Ihre privaten Räumlichkeiten sind jedoch grundgesetzlich geschützt). Genereller Tip: Mitwirkungspflicht bedeutet nicht, freiwillig mehr herauszugeben oder mitzuteilen, als man muß. Zu große Auskunftsfreudigkeit kann im Umgang mit Steuerprüfern eher schaden als nützen.



Die Strategie: Die genannten klassischen Anfängerfehler im Umgang mit Steuerprüfern konsequent vermeiden. Und: Steuererklärungen prinzipiell vor Abgabe mit einer eigenen Plausibilitätsprüfung kritisch abklopfen – dann kommt der Prüfer seltener.

Ständig verspätete Steuererklärungen werden jetzt richtig teuer

Die Situation: Jahr für Jahr verschicken die Finanzämter zig Tausende Erinnerungen und Mahnungen wegen nicht rechtzeitig abgegebener Steuererklärungen. Reagieren Selbständige darauf nicht, ergehen schließlich Schätzungsbescheide. Außerdem können 10 Prozent der Steuerschuld als Verspätungszuschläge (bis zu 50 000 DM) festgesetzt werden. Nach einem neueren Urteil des Bundesfinanzhofs (AZ VB 29/00) können die Finanzämter jetzt sogar noch härter gegen notorisch verspätete Steuerpflichtige vorgehen.

Die Steuerfalle: Späteinreicher gehen neuerdings ein hohes Risiko ein.

Die Finanzämter dürfen bei ihnen nach dem oben genannten Urteil jetzt – und das ist neu – selbst dann einen hohen Verspätungszuschlag (mehrere tausend Mark) festlegen, wenn es letztlich durch die Steuererklärung sogar zu Rückerstattungen wegen hoher Vorauszahlungen kommt. Bisher waren Verspätungszuschläge nur bei Steuernachzahlungen üblich.

Was im Einzelfall noch schwerer wiegen mag: Legt ein Steuerpflichtiger nicht innerhalb von vier Wochen Einspruch gegen einen Schätzungsbescheid ein, wird die Veranlagung in aller Regel rechtskräftig – eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist beispielsweise bei einer Abwesenheit von mehr als sechs Wochen für Selbstständige praktisch kaum mehr durchzusetzen. Da die Finanzämter bei bekannten Späteinreichern eher zu hoch als zu niedrig schätzen, kann dies empfindliche Steuerbelastungen nach sich ziehen – selbst dann, wenn

sich die Schätzung im nachhinein nachweislich als unrealistisch erweist.

Die Strategie: Als unpünktlich bekannte Steuerpflichtige können nicht mit Entgegenkommen der Finanzverwaltung rechnen. Machen Sie die verspätete Abgabe von Steuererklärungen deshalb besser nicht zur Gewohnheit – es sei denn, Sie wollen teuer dafür bezahlen. Warten Sie keinesfalls auf einen Schätzungsbescheid. Können Sie eine Steuererklärung einmal nicht pünktlich abgeben, haben Sie die Möglichkeit, formlos einen Antrag auf Verlängerung der Abgabefrist zu stellen, was in aller Regel gewährt wird.

Kontrollinstrument Vermögenszuwachsrechnung

Die Situation: Mancher Selbständige macht einen Sport daraus, sich systematisch fürs Finanzamt arm zu rechnen. Soweit dabei legale Gestaltungsmöglichkeiten eingesetzt werden, ist dies auch völlig legitim. Denn jeder Steuerzahler hat das Recht, mit Hilfe von Steuerspar-Strategien seine Steuerlast so weit wie möglich zu senken. Unglaublich wird es dann, wenn die Einkommensteuer für mehrere Jahre bei Null lag, im gleichen Zeitraum aber Betriebs- und Privatvermögen deutlich im Wert gestiegen sind.

Die Steuerfalle: Bei unplausiblen Steuererklärungen setzt die Finanzverwaltung meist schnell eine Betriebs-



prüfung an, bei der immer häufiger das Instrument der Vermögenszuwachsrechnung zum Einsatz kommt. Für einen Vergleichszeitraum von mehreren Jahren werden die deklarierten Einkünfte mit dem Vermögenszuwachs systematisch anhand bestimmter Checkpunkte (Betriebs- und Privatvermögen mit Immobilien, Wertpapierdepots u. a.) verglichen. Auch statistisch belegte Kosten für die private Lebensführung werden dabei berücksichtigt. Wird auf diese Weise ein ungeklärter Vermögenszuwachs aufgedeckt, sind Steuernachzahlungen

nicht zu vermeiden, denn die Vermögenszuwachsrechnung hat objektive Beweiskraft im Veranlagungsverfahren.

Die Strategie: Hinzuschätzungen aufgrund einer Vermögenszuwachsrechnung können leicht höher ausfallen als eine von vornherein korrekte Veranlagung. Deshalb unplausible Steuererklärungen in Serie lieber vermeiden, so etwas provoziert nur unliebsame Steuerprüfungen. Vor allem aber Argumente für legalen Vermögenszuwachs sammeln: Größere Vermögenszuwächse durch steuerfreie Einnahmen (Erschaften, Spielgewinne, private Geldanlage-Transaktionen u. a.) penibel dokumentieren und für kritische Rückfragen bereit halten. Bevor eine offizielle Steuerprüfung angesetzt wird, kommt häufig erst einmal ein harmlos wirkender Anruf vom Sachbearbeiter beim Finanzamt.

Steuerbescheide: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

Die Situation: Jeder fünfte Steuerbescheid, so die Stiftung Warentest bei der Überprüfung einer Stichprobe von rund hundert Steuerbescheiden, sei falsch. Der Bund der Steuerzahler geht aufgrund langjähriger Erfahrung sogar von einer noch höheren Quote aus (fehlerhaft sei vermutlich jeder dritte Bescheid). Bei einer Fehlerquote von 20 bis über 30 Prozent lohnt es sich in jedem Fall, genauer hinzuschauen. Abweichungen von Ihrer Steuererklärung müssen die Beamten schriftlich in der Anlage zum Steuerbescheid begründen.

Die Steuerfalle: Die Einspruchsfrist bei Steuerbescheiden beträgt nur einen Monat. Danach wird der Bescheid – ganz gleich, ob korrekt oder nicht – in der Regel rechtskräftig und die festgesetzte Steuer ist fällig. Häufig wird daher mehr gezahlt als nötig.

Die Strategie: Begründungen bei Abweichungen von der Steuererklärung genau prüfen – häufig handelt es sich um steuerrechtlich fragwürdige Einschätzungen, in denen oft bereits Verfahren vor den Finanzgerichten anhängig sind. Solange diese

Verfahren nicht rechtskräftig entschieden sind, gehen die Finanzämter stur von der gängigen Verwaltungspraxis aus. Soweit ein laufendes Verfahren bekannt ist, mit Hinweis darauf (Aktenzeichen) Einspruch einlegen. Bei kleineren Fehlern kann es günstiger sein, eine einfache Berichtigung des

Bescheids zu beantragen (Änderungsantrag), weil dann nur der strittige Punkt berichtigt und nicht noch einmal die Steuererklärung insgesamt neu bearbeitet wird.

Falls Sie als Steuerlaie in komplizierteren Fällen für den Einspruch gegen einen falschen Steuerbescheid einen Steuerberater einsetzen und teuer bezahlen müssen, können Sie von der

Behörde überdies Schadenersatz wegen Amtshaftung verlangen – gute Aussichten haben Klagen bei einer fahrlässigen oder gar vorsätzlichen Amtspflichtverletzung des Steuerbeamten.

Vorsicht bei Deals mit den Finanzbehörden

Die Situation: Nach Abschluß steuerlicher Betriebsprüfungen regen Steuerprüfer häufig zur Vermeidung langwieriger Ermittlungen eine Schätzung der Besteuerungsgrundlagen an – insbesondere bei nicht ordnungsgemäßer Buchführung. Stimmt der Steuerpflichtige einer für ihn akzeptablen Hinzuschätzung zu, kann es zur sog. tatsächlichen Verständigung nach §§ 205 ff. AO kommen. Daran sind beide Seiten – Steuerzahler wie Fiskus – rechtlich im Prinzip dann auch gebunden.

Die Steuerfalle: Für Steuerpflichtige gibt es bei diesem Verfahren häufig unliebsame Überraschungen. Die Finanzbehörden können sich der tatsächlichen Verständigung in bestimmten Fällen nämlich doch wieder entziehen. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs sind solche Deals mit dem Finanzamt für die Finanzverwaltung nur dann verbindlich, wenn bestimmte Formvoraussetzungen erfüllt sind und die tatsächliche Verständigung nicht zu einer offensichtlich unzutreffenden Besteuerung führt.

Die Strategie: Werden bei der tatsächlichen Verständigung bestimmte

inhaltliche und formale Voraussetzungen nicht eingehalten, kommt das Finanzamt bei neuen Erkenntnissen (z. B. durch Steuerfahnder oder neue Dokumente) hinterher ohne weiteres wieder aus der Vereinbarung heraus. So ist vor allem die Schriftform vorgeschrieben – eine mündliche Vereinbarung hat keinerlei Rechtskraft. Achten Sie insbesondere auch darauf, daß auf Seiten des Finanzamts der zuständige Sachgebietsleiter oder der Vorsteher die Vereinbarung mit unterschreibt – die Unterschrift des Steuerprüfers allein genügt nicht. Auch ein einseitiger Aktenvermerk ist rechtlich nicht bindend. Inhaltlich darf sich die tatsächliche Verständigung stets nur auf beiderseitig angenommene Fakten beziehen, nicht jedoch auf mögliche Rechtsfolgen.

Kontrollmitteilungen, Amtshilfe, Zufallsfunde

Die Situation: Bei jeder Steuerprüfung fertigen die Prüfer Kontrollmitteilungen an – mehrere hunderttausend in jedem Jahr. Denn was beim einen Selbständigen als Betriebsausgabe anerkannt wird, muß bei einem anderen als steuerpflichtige Einnahme verbucht worden sein. Schon bald, ab 2002, dürfen sich die Prüfer auch in die EDV ihrer „Kunden“ einloggen und Kontrollmitteilungen ohne große Nachfragen direkt abgleichen. Auch von anderen Stellen fließen steuerrelevante Informationen zu den Finanzämtern: Banken müssen Bareinzahlungen über 30 000 Mark und alle verdächtigen Kontenbewegungen bei Geldwäscheverdacht melden. Zollfahnder leisten Amtshilfe bei Zufallsfunden (Bargeldbeträge über 30 000 DM und entsprechende Einzahlungsquittungen) an den Grenzen vor allem zur Schweiz, Österreich und Luxemburg. Grundbuchämter informieren die örtlichen Finanzämter über Besitzerwechsel und Neueinträge. Der gläserne Steuerzahler ist praktisch schon Realität.

Die Steuerfalle: Fallen Steuerpflichtige auf – ob durch gezielte Fahndung oder Zufall –, schnappt die Falle zu, wenn sich Widersprüche nicht aufklären lassen. Gegen Faktenbeweise hilft dann kein Lavieren mehr. Derzeit

beginnt der deutsche Fiskus gerade damit, eine Liste der spanischen Finanzbehörden mit über 400 000 Immobilien in deutschem Besitz auszuwerten. Wer etwa eine Finca auf Mallorca unterverbrieft gekauft hat (üblich sind maximal 50 % des Marktwerts) oder die Finanzierung nicht aus versteuertem Einkommen plausibel machen kann, muß schon bald mit hohen Steuernachzahlungen sowohl in Deutschland als auch in



Wenn sie hohe Steuernachzahlungen zu erbringen haben, weil ihr Steuerberater sie über verschiedene Steuersparchancen oder die aktuelle Rechtsprechung nicht aufgeklärt oder sogar fahrlässig Fristen versäumt hat – fordern sie Schadenersatz

Spanien rechnen. Derartige Amtshilfe hat sich inzwischen europaweit eingespielt.

Die Strategie: Unversteuerte Spekulationsgewinne oder Zinseinnahmen über den Freistellungsbeträgen können jederzeit durch bei privaten Finanzdienstleistern gewonnene Kontrollmitteilungen oder bei einer Bankprüfung auffallen. Hohe Gewinne innerhalb der Spekulationsfrist von zwölf Monaten daher systematisch mit Verlusten während der Börsen-Baisse verrechnen und genau dokumentieren. Für jene, die eine Selbstanzeige bei so kritischen Situationen wie unversteuerten Geldanlagen im Ausland vermeiden wollen, gibt es eigentlich nur einen einzigen wirklich sinnvollen Rat: rechtzeitig genügend Geldreserven für mögliche Steuernachforderungen und Geldbußen anlegen.

Schlechter Rat wird teuer – für Ihren Steuerberater

Die Situation: Sie wollten Steuern sparen und haben sich für gutes Geld fachlichen Rat bei einem Steuerberater eingeholt. Wie sich nachträglich

herausstellt, haben Sie jedoch gleich „doppelt draufgelegt“. Sie haben nicht nur ein saftiges Beraterhonorar gezahlt. Auf Sie kommen auch noch hohe Steuernachzahlungen zu, weil Ihr Steuerberater Sie über verschiedene Steuersparchancen in Ihrer konkreten Situation nicht aufgeklärt hat. Vielleicht hat er sogar fahrlässig Fristen versäumt oder die aktuelle Rechtsprechung in einer konkreten Steuerfrage nicht berücksichtigt.

Die Steuerfalle: Die Erkenntnis kommt meist leider zu spät, wenn die entsprechenden Steuerbescheide längst rechtskräftig geworden sind. In solchen Fällen sind die Steuersparmöglichkeiten für die betreffenden Jahre in aller Regel unwiderruflich verloren. Mancher Selbständige hat so aufgrund mangelhafter Beratung schon Steuervorteile in fünf- oder sechsstelliger Höhe verloren.

Die Strategie: Fordern Sie Schadenersatz von Ihrem Steuerberater. Manche Klienten verrechnen Haftungsansprüche vorsorglich gleich mit noch offenen Honorarforderungen. Laut Oberlandesgericht Hamm (AZ: 25 U 167/99) haften Steuerberater nämlich für mangelhafte Beratung und sind verpflichtet, bei nachgewiesenen finanziellen Nachteilen Schadenersatz zu leisten. Ihr Experte wird dadurch nicht gleich verarmen – Steuerberater sind gegen solche Beratungsspannen, mit denen Sie als Klient im Prinzip immer rechnen müssen, meist versichert. □